

Redebeitrag

Plenum, 24.09.2018

Dokument 18 Nr. 6 – Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung

- Michael Balter -

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

kommen wir direkt zur Familienpolitik.

Im vergangenen Jahr hatte ich eine Debatte losgetreten, indem ich von einem Betreuungsgeld für Eltern gesprochen habe, welche ihre Kinder selbst betreuen und keine externe Kinderbetreuung in Anspruch nehmen möchten.

Die Minister bezeichneten dies als „rückwärtsgewandt“ und beschimpften uns auf die übliche Art und Weise, ohne inhaltlich Argumente oder Fakten zu bringen. Das Echo in der Bevölkerung ließ nicht lange auf sich warten, denn viele Menschen sahen dies ähnlich wie wir.

Viele Eltern würden gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen.

Ein kurzer Vergleich: Belgien und die DG werden auch von der Regierung als Sozialstaat in höchsten Tönen gelobt. Vergessen wird dabei oft, dass wir die höchsten Steuern und Abgaben zahlen und dass es somit verständlich ist, dass der Staat auch wieder etwas an die Bürger zurückgibt.

Wenn man sich die verschiedenen Modelle der Kinderbetreuung, der Höhe und der Länge des Elternurlaubes, und der Höhe des Kindergeldes anschaut, dann kommt man zu folgender Feststellung: In Belgien gibt es gegenüber Deutschland und Luxemburg das kürzeste und niedrigste Elterngeld, das geringste Kindergeld - auch gegenüber den Niederlanden. Um die Windeln zu kaufen, fahren die Eltern auch noch ins benachbarte Ausland, weil diese dort billiger sind.

Irgendetwas scheint in unserem Sozialstaat also nicht ganz rund zu laufen.

Und Herr Antoniadis, kommen sie bitte nachher nicht damit, dass das Kindergeld in gewissen Bereichen erhöht wurde, dass wissen wir und ich hatte damals gesagt, dass das neue Dekret nicht die schlechteste Arbeit der Regierung sei, was nicht heißen will, dass man es nicht hätte besser machen können.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ich greife diese Thematik heute wieder auf, weil unser diesbezüglicher Resolutionsvorschlag in seiner Gänze abgelehnt wurde. Obwohl Herr Antoniadis kurze Zeit später etwas zurückruderte und meinte, dass er uns in einigen Punkten durchaus zustimme, u.a. was den längeren Elternurlaub angehe und er die föderale Ministerin diesbezüglich anschreiben und auf das deutsche Modell hinweisen werde.

Anstatt nachher wieder alles schlecht zu reden, sollten Sie uns lieber verraten, ob Sie eine Antwort erhalten haben und wie diese aussieht.

Auch erwähne ich dies heute nochmals, weil wir der Meinung sind, dass man dies weiterverfolgen muss, denn es ist eine grundsätzlich politische Frage.

Was antworten wir Eltern, welche gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen würden?

Herr Paasch und Herr Antoniadis sehen dies sehr rational und herzlos: „Gehen Sie arbeiten und bringen Sie ihre Kinder in die Kinderkrippe.“ Das ist die Einstellung der Regierung, wenn man den Ministern in dieser Thematik genau zuhört.

Ich habe mehrfach betont, dass die Arbeit in den Kinderkrippen und bei den Tagesmüttern unser aller Wertschätzung verdient und dass dort wertvolle Arbeit geleistet wird. Dass die Regierung in diesen Bereich weiter investiert, ist in unseren Augen auch richtig.

Aber das Eine sollte das Andere nicht ausschließen.

Man sollte es den Eltern eben frei überlassen, zu entscheiden, und den Masterplan für die Kinderbetreuung als das bezeichnen, was er ist, nämlich Beschäftigungspolitik und nicht Familienpolitik.

Im Untersatz hat Herr Paasch dies auch genannt, denn er sagte in der Regierungserklärung in puncto Masterplan: „Eine ehrgeizige Offensive zur Verbesserung der Kinderbetreuung und damit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

Wie erwähnt, das ist nicht falsch und das sollen Sie auch machen, aber das dürfen Sie den Leuten nicht als Familienpolitik verkaufen.

In puncto Familienpolitik wird die Vivant-Fraktion in Kürze einen Resolutionsvorschlag hier im Hause mit dem Ziel hinterlegen, den Eltern die Kosten für den Schülertransport zurückzuerstatten. Heute bezahlen die Eltern mit mindestens 2 Kindern bis zu 334 € pro Jahr für die Jahresabonnements. Und das Geld für die Rückerstattung wäre da, denn wie kann es sein, dass

Fraktion im PDG V.o.G.

unsere vier Minister von Termin zu Termin chauffiert werden, während Eltern für überfüllte Busse solche Summen zahlen müssen?

Dies ist nur ein Einsparmodell und würde sicherlich nicht ausreichen. Weitere folgen im Resolutionsvorschlag.

„Kostenloser Schülertransport anstatt Chauffeure für die Minister“ sollte das Credo sein.

Von den ganz Jungen schwenken wir zur älteren Generation.

Die Seniorenpolitik ist auch ein Teil der Familienpolitik.

Ich habe hierzu kürzlich ein sehr interessantes Gespräch mit einer Bekannten geführt. Die Dame war sehr deprimiert. Ihre Schwiegermutter hat Demenz und einen Platz in einem Seniorenheim in der DG. Sie betonte, dass man sich gut um die ältere Dame kümmere. Sorgen mache ihr aber ihr alleinstehender Vater, welcher seit einigen Monaten nicht mehr alleine zu Recht komme und auf permanente Betreuung angewiesen sei. Die Angebote der Dienststelle fand sie für einfachere Fälle, welche mit der Tagespflege zurechtkommen würden, zwar als ausreichend, aber im Falle ihres Vaters ginge dies nicht.

Auch merkte sie an, dass sie das Gefühl habe, gerade im Süden der Eifel sei das Angebot unzureichend. Als es in die Urlaubszeit Ende Juni ging, habe sie mehrere Absagen seitens der Familienhilfe erhalten.

Sie sagte: „Es hört sich zwar schön an, wenn die Regierung sagt, man hätte die Mittel für die häusliche Hilfe erhöht und würde neue Heimplätze finanzieren, aber in der Realität und bei akuten Fällen stehen Angehörige oft vor enormen Problemen.“

Im Falle ihres Vaters sieht sie sich gezwungen, auf osteuropäische Hilfskräfte zurückzugreifen, was teilweise mit hohen Kosten verbunden ist. Zwischen 1.700 und 2600 € kostet dies den Angehörigen pro Monat - weitaus mehr, als die Beiträge, welche in einem Alten- und Pflegeheim fällig sind. Aber ihr Vater möchte nicht in ein Heim und er braucht permanent jemanden bei sich, auch nachts. Als Arbeiter erhält er nach 45 Jahren Erwerbstätigkeit nur eine Rente von knapp 1.300 €. Das Ersparte ist dann schnell weg.

Ein Parlamentspräsident hat übrigens bereits nach 5 Jahren Amtszeit Anrecht auf ca. 1.500 € Rente monatlich - dies nur als Vergleich.

Die Dame hat Angst, dass sie dies in Kürze mitfinanzieren müsste und fragt sich, wie das gehen soll? Die Politiker wüssten doch gar nicht, wie das Leben eines einfachen Arbeiters aussehe.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ihr Mann arbeite und habe immer gearbeitet. Auch sie gehe halbtags arbeiten. Sie haben drei Kinder, kommen aber so gerade über die Runden. Wenn sie sehe, was manchmal im Kulturbereich alles finanziert werde, dann steige der Ärger in ihr auf. Das sei doch Luxus! Das könne man machen, aber man dürfe doch die alten Leute nicht vergessen. Ihr Vater habe sein Leben lang gearbeitet aber erhalte nur eine kleine Rente, und womöglich müsse sie in einigen Jahren sein Haus verkaufen, um die Pflege zahlen zu können. Das könne doch nicht sein.

Meine Damen und Herren, dies ist sicherlich kein Einzelfall in der DG.

So gibt es nach Aussagen eines Insiders mehr als hundert, vielleicht sogar einige hundert, osteuropäische Pflegekräfte, welche in der DG tätig sind.

Sicherlich macht die DG in diesem Bereich einiges, aber in Zukunft wird der Bedarf enorm ansteigen. Bereits heute gibt es Engpässe und die Menschen müssen sich selbst helfen.

Der Abbau der Wartelisten in den Altenheimen ist nur ein Gang.

Die Aufwertung der Gehälter im Pflegedienst ist ein längst überfälliger Schritt.

Und mit Verlaub Herr Paasch, ich denke, jeder hier im Hause ist der Meinung, dass die Arbeit im Pflegebereich äußerst anstrengend und wertvoll ist und dass dieses Personal endlich einmal korrekt bezahlt werden muss. Diese Erkenntnis ist nicht neu und wenn die DG dies in Zukunft ändern kann, dann ändern Sie es, und zwar gründlich. Da haben Sie unsere volle Unterstützung. Bei Ihren Gehältern und den ganzen Posten im Ministerium sparen Sie doch auch nicht.

Es gibt in den Nachbarländern verschiedene Modelle, um die Heimpflege zu fördern. Wobei auch da nicht alles rund läuft.

Meine Damen und Herren,

wir brauchen hier neue Konzepte und eine verstärkte Unterstützung von Angehörigen; mehr als die verschiedenen Zeitkredite oder die diversen Urlaubsformen, welche in Belgien bestehen.

Ich lasse dies jetzt einmal so stehen und rege an, dass wir noch dieses Jahr hierzu eine Themendebatte hier im Hause abhalten, wo wir eingehender und gründlicher auf diese Problematik eingehen können. Dieses Thema, ebenso wie die Kinderbetreuung, ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft in unserer Gemeinschaft.

Kommen wir zu den neuen Zuständigkeiten: die Raumordnung.

Fraktion im PDG V.o.G.

Ich denke, ich muss hier nicht wiederholen, dass wir kritisch sind, wenn es um Zuständigkeits-erweiterungen geht. Wenn man der Forsa-Umfrage Glauben schenkt, so sehen dies viele Bürger ebenso.

Der Anteil der Menschen, welche mehr Zuständigkeiten haben wollen, ist demzufolge von 2011 bis heute von 39 auf 31% gefallen.

Und 63% meinen aktuell, es soll Puncto Zuständigkeiten so bleiben wie es ist. 2011 waren es nur 51%.

Gut, dies kann damit zusammenhängen, dass es durch die sechste Staatsreform bereits größere Veränderungen gegeben hat. Auch steht dies etwas im Widerspruch zu der Frage nach der Raumordnung, wo ein Großteil der Bürger diese Übertragung anscheinend befürwortet.

Anzumerken ist natürlich, dass man durch die Art und Weise der Fragestellung die Antwort beeinflussen kann. Aber das wissen Sie, ich würde sogar sagen, das kennen Sie.

In puncto Raumordnung werden wir sicherlich in Zukunft noch genügend Zeit finden, ausführlich hierzu zu debattieren - nur eine Anmerkung.

Ja, diese Zuständigkeit bietet Chancen, aber auch Risiken, welche man ansprechen sollte.

Als in den 70er Jahren die Sektorenpläne geändert wurden und die Gemeinden dazu Vorschläge einreichen konnten, kam es zu manchen erstaunlichen Gegebenheiten. Oft waren nicht Logik oder Vernunft entscheidend, sondern Besitz und Klüngel, denn wer durch die Einfeldörter fährt, wundert sich manchmal, wie an abgelegenen Stellen noch Bauland sein kann. Abseits vom Dorf, schön alleine, steht da das ein oder andere Anwesen. Und wenn man der Sache nachgeht dann heißt es: „Ja, der Besitzer war damals im Gemeinderat und hat es noch geschafft, dass sein Stück mit reinkommt.“ Oft mit erheblichen Kosten für die Allgemeinheit, da Versorgungsleitungen und öffentliche Zugänglichkeit gesichert sein müssen und dies abseits der Dörfer zu Mehrkosten führt.

Sie sehen, hier ist Vorsicht geboten, gerade in der kleinen DG, was nicht heißen will, dass mancher Klüngel nicht bis nach Namur reicht. Wir werden wachsam bleiben und viele Bürger auch.

Ein Mehrheitskollege bemerkte: „Wir werden auch nur mit Wasser kochen können. Der Bürger darf keine Wunder erwarten.“

Diese realistischere Aussage steht etwas im Widerspruch zu dem, was Herr Paasch verlauten ließ: „Und das ist dann wirklich ein Meilenstein beim Ausbau unserer Autonomie.“

Fraktion im PDG V.o.G.

Warten wir mal ab, ob Meilenstein oder mehr Klügel, oder ob vielleicht doch Wunder geschehen werden. Die Verantwortung liegt jetzt bei der Regierung und der Mehrheit hier im Hause.

Zu den Geldern, welche wir erhalten werden, nur eine kurze Anmerkung.

Die Frage, ob dies für die DG ausreicht, ist nicht die primäre Frage, sondern, ob der belgische Staat es sich, volkswirtschaftlich betrachtet, in seiner Gänze leisten kann.

Lassen Sie sich dies einmal durch den Kopf gehen, denn wir dürfen nicht nur uns selbst sehen!

Passend zur allgemeinen Verwirrung in der Politik möchte ich als Abschluss ein treffendes Zitat von Goethe bringen:

„Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse. In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum oben auf, und es ist ihm wohl und behaglich, im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Vivant-Fraktion,

Michael Balter